

Vollstimmme

Einzelpreis 130 Milliarden

Tageszeitung der Vereinigten sozialdemokratischen Partei.

Die „Vollstimmme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Redakteur Emil Müller, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pöhlmann & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprech-Anschlüsse: Für Inserate Nr. 1567, für die Redaktion Nr. 1794, für den Verlag und die Druckerei Nr. 981. — Postzeitungsliste 2. Nachtrag, Seite 110. — Bezugspreis: Woche vom 19. bis 25. November 600 Milliarden Mark, Abnehmer 570 Milliarden Mark.

Anzeigen-Grundpreise: Die 1066erbreite, 27 Millimeter breite Nonpareille-Zeile 140 Mk., auswärts 200 Mk., Familienanzeigen und Stellenangebote 70 Mk., Werbestandards 140 Mk., die Dreizeilerzeile, 90 Millimeter breite Zeile 60 Mk., die 1066erbreite 70 Mk., der Grundpreis wird vervielfacht mit der Schlagszahl des Vereins d. Deutscher Zeitungverleger, kürzer 800 Millionen. Der gewährte Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 6 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. — Für Druckvorrichtungen keine Gewähr. — Postfachkonto Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 272.

Magdeburg, Mittwoch den 21. November 1923.

34. Jahrgang.

Die deutsche Hölle.

Sieben Trillionen.

Nach dem Ausweis der Reichshauptkasse vom 31. Oktober 1923 belaufen sich die Ausgaben auf 6,5 Trillionen Mark. Davon erforderte die Reichseisenbahn 2 Trillionen. Den Ausgaben stehen Einnahmen von 5900 Billionen Mark aus Steuern, Zöllen, Gebühren usw. und 4794,7 Billionen Mark aus der fundierten Schuld, also zusammen 53 850 Billionen Mark gegenüber. Das Defizit von 6,5 Trillionen Mark mußte durch Diskontierung von Schatzanweisungen gedeckt werden. Die sich während der Schuld erhöhte sich deshalb um 6,5 Trillionen Mark auf 6,9 Trillionen Mark gegen 407 839 Billionen Mark in der Vorperiode. In der Berichtszeit stieg der Dollarpreis um das Neunfache und die Ausgaben um das Zwanzigfache. Während in der Zeit vom 11. bis zum 20. Oktober 1,6 Prozent aller Ausgaben durch Einnahmen gedeckt waren, hatten die Ausgaben in der Zeit vom 20. bis zum 31. Oktober nur 0,8 Prozent Deckung.

Sieben Trillionen Schulden! Das war Ende des vorigen Monats. In den seitdem verfloßenen drei Wochen ist täglich weiter Geld gedruckt worden. In ungeheuren Massen. Täglich mehr als eine Trillion. Davon „leben“ alle diejenigen, die keine Sachwerte haben, die auf die bedruckten Fetzen angewiesen sind, die kein Erzeuger und Händler mehr nehmen will.

Eine Trillion täglich! Was ist das? Das sind eine Million Billionen. Zum Schreiben dieser Zahl, von der im wirklichen Leben bisher natürlich niemals die Rede war, braucht man neunzehn Ziffern. So viel an neuem Papiergeld und mehr noch braucht Deutschland an einem Tag!

Tatsächlich wurden im Oktober täglich zwischen 300- und 400 000 Billionen neues Papiergeld hinausgespielt. Über selbst das war infolge der keine Minute rastenden Entwertung des Geldes immer noch zuwenig. Alte Papiernoten wurden überflüssig und damit sinnlos offenbart, daß man aus Papier Geld nicht machen kann, wenn Geld etwas anderes darstellen soll als eben Papier.

Preise aller Bedarfsgegenstände ins Unvorstellbare.

Was heute eine Milliarde kostete, galt eine Woche später eine Billion. Und so fort. Das ist die unerbittlich logische Folge des Papiergelddruckens. Um so viel man mehr Papiergeld druckt, um so viel muß es wertloser werden, und um so viel es wertloser wird, um so viel muß man mehr drucken. In dieser Flut der Inflation, der Aufblähung, die in aller Geschichte ohne Beispiel ist, erstickt das Wirtschaftsleben und gehen die Menschen zugrunde, die auf die gedruckten Fetten angewiesen sind. So rast das Verhängnis von allen Seiten heran. Nirgends wird die Kraft fähig, die fähig wäre, dem Unheil zu steuern. Man sollte glauben, und man hat es auch erwartet, daß die wirtschaftliche Not, die immer riechenhafter sich anreicht und den größten Teil des Volkes, bis hoch in den Mittelstand, mit unmennebaren Qualen bedrückt, die Entschlossenheit hervorgerufen würde, alle Kräfte einzusetzen, um das Chaos zu bannen, in dem Reich und Volk zu versinken drohen. Das Gegenteil ist eingetreten. Alles, was getan werden mußte, um dem wirtschaftlichen Verfall Einhalt zu tun, ist gleichsam Nebenjache, geschieht nur halb und schwächlich, geschieht immer zu spät, so daß auch die schärfste Maßregel um ihren Ertrag kommt. Die

von der Revolution entthronten Klassen

haben nichts im Kopf als den Haß gegen die Arbeiter, als die Feinde gegen die Sozialdemokratie. Vergebens fragt man sich im Grunde, was denn eigentlich die verrückten Vagern wollen. Denn das blöde Gerede von der Notwendigkeit des „Kampfes gegen den Marxismus“ hat doch nur den Zweck, die Sinnlosigkeit des Lobens des bürgerlichen Partikularismus zu bemanteln. Oder hat es eine Spur menschlichen Verständes, wenn die Hebräer geliebten der preussischen Junkerklasse das Geil von einem Abbruch der Beziehungen zu Frankreich erwarten und mit dem Gedanken eines neuen Krieges gegen Frankreich spielen?

Die Wahrheit über das heutige Deutschland ist, daß das, was man Patriotismus nennt und was die bürgerlichen Klassen so lange als ihre Tugend hingestellt haben, aus der heraus sie auf eine politische Vorzugsstellung Anspruch hätten, in sehr weiten Kreisen des Bürgertums völlig erloschen ist. Was sie antreiben, ist die Restauration der bourgeoisien Macht. Sie wollen, daß es in der deutschen Republik, die dann freilich bald aufhörte zu sein, so werde, wie es in dem wilhelminischen Deutsch-

land war, daß die schroffe, unbehüllte, Feindkloße Scheidung in

herrscheidende und in beherrschte Klassen

eine endgültige Wiederaufstehung feiere.

Mag das Reich zugrunde gehen, wenn es nicht ihr Reich ist. Das ist die Devise der Rechtsparteien. Und sie meinen, daß die Zeit reif ist für sie, daß sie den großen Umsturz, der die Arbeiterklasse hinunterwirft und die ehemals Herrschenden wieder hoch emporträgt, nun wagen können. Was sie reden, hat keinen Sinn; was sie anstreben, hat keinen blutigen Sinn, der in der Gestalt der Konterrevolution jeder Erhebung des Volkes gesekt ist. Die Kapitalisten von Schlot und Halm führen ihren Klassenkampf. Brutal, erbarmungslos, mit allen Mitteln, nicht zuletzt mit dem des Hungers.

Zweifelloß wäre es für Deutschland die stärkste Schicksalsprüfung, wenn diese Bestrebungen Erfolg hätten, wenn eine Rechtsdiktatur, ob in Westarpfänger, ob in Stresemannischer Form und Verkleidung, ausgerichtet werden könnte. Aber es gibt noch etwas Schlimmeres als selbst die verbrecherische Rechtsdiktatur: das ist ein Zustand, wo das Reich von der Furcht vor dieser Herrschaft, von der Angst vor dem Rutsche gepeinigt wird, und selbst die gewaltigsten Kräfte der Abwehr und Gegenwehr, über die die Republik ganz bestimmt auch heute noch verfügt, in dieser steten Ungewißheit, in dieser Atmosphäre des Unberechenbaren zermürbt werden und erschlaffen. Ein kraftvolles Ringen mit dem Rutschgesichter, das immer überheblicher wird, den

Strid um den Hals der Republik

immer enger zieht, ein Ringen, das keineswegs lange währen würde, wäre dieser beherrschten, dieser würdigen Bedrohung noch vorzuziehen. Aber auf der schwärzenden Seite der deutschen Geschichte wird das Treiben dieser Klassen stehen, die in des Reiches und Volkes größter Not nur daran gedacht haben, ihre alten Machtgelüste auszuüben, ihre alte Macht womöglich wieder aufzutreiben.

Inzwischen leiden die Menschen, die auf dunkler Erde wohnen. Und wie leiden sie! In seiner Totalität ist das Leiden nicht auszubilden, nicht vorzustellen. Jeder Tag wird in seiner herzzerreißenden Qual von dem neuen übertroffen. Was gestern unerträglich schien, wird oft im Glanz des nachfolgenden Tages als ein verlorenes Glück betrachtet. Ist es nicht fürchterlich, daß auch dieses Maß von Elend nicht auf allen Seiten zu dem Entschluß führt, durch eine billige Lösung der Reparationsfragen dem deutschen Volke Luft zu verschaffen? Ist es nicht fürchterlich, daß die Rechtshege in Deutschland der Abneigung, dem deutschen Volke zu helfen, immer neue Nahrung zuführt?

So reißt sich Tag an Tag, Woche an Woche. Jeder neue Tag bringt größern Druck, jede neue Woche größere Not. Die

Qual dieses deutschen Lebens

ist nicht mehr auszusprechen, nicht mehr zu beschreiben. Alles, was an dem Bestande des Reiches nagt, die Frechheit der bayrischen Hochverräter, die Rutschversuche am Rhein, die Intenatate der Industriefürsten gegen Arbeiterrechte, alles das hat seine letzten Ursachen in dem wirtschaftlichen Elend, in dem das deutsche Volk versinkt. Noch können die Ausbrüche der Verzweiflung niedergehalten werden, aber wenn der Hunger nicht überwinden wird, wenn große Massen der Bevölkerung Tag um Tag vor der Gefahr stehen, sich nicht mehr kümmerlich satt essen zu können, so muß der Augenblick kommen, wo

alle Bande reißen

und die ganze staatliche und gesellschaftliche Ordnung sich auflöst.

Noch nie ist etwas so Fürchterliches erlebt worden. Ein Volk, das arbeiten will und arbeiten kann, das im Besitz aller technischen Möglichkeiten des produktiven Arbeitens ist, und das doch immer drohend vor einer förmlichen Hungerkatastrophe steht!

Das ist so entsetzlich, so widersinnlich, daß man meinen könnte, die ganze Welt müsse sich erheben und dem Niedergang und Untergang eines Volkes, das der Menschheit so Gewaltiges geschenkt hat, tatkräftig wehren.

Aber nichts dergleichen geschieht. Die da draußen sehen unterm Ringen zu wie das Logenpublikum Spaniens bei einem Stierkampf im Zirkus. Und die da drinnen, die deutschen Sachverwalter, rühren keine Hand, um dem untergehenden Volke der Arbeit zu Hilfe zu kommen, wie-

wohl sie selber unfehlbar mit in den Abgrund gerissen werden. Noch leben sie ja, die deutschen Besitzer der Produktionsmittel, die Großhändler und Großhändler; noch genießen sie und denken nicht daran, daß Glanz, Sicherheit und Reichtum eines Tages ein plötzliches Ende nehmen kann, wenn sie von ihrem Sachbesitz nicht die Hälfte hergeben, um Deutschland zu einer sichern Währung und einer wirtschaftlichen Besserung zu verhelfen.

Noch leben sie im deutschen Himmel, während das deutsche Volk durch alle Bitterkeiten der deutschen Hölle kriecht. So tragisch das ist, das Tragischste ist doch, daß dieses Volk, dessen Organisationsstalent einst vielen ein unerreichtbares Vorbild war, durch seelische und körperliche Zermürbung unfähig wird, sich aufzuraffen, sich zusammenzuschließen zu machtvoller, alles und alle überwältigender Tat, um die Schädlinge am Wirtschaftskörper auszuschalten und sein politisches wie ökonomisches Geschick in die eigene Faust zu nehmen. —

Wie's kommen kann.

Die am Dienstag im Reichstag beginnende politische Aussprache wird voraussichtlich nicht durch eine Erklärung der Reichsregierung eingeleitet. Der Reichskanzler beabsichtigt, erst die oppositionellen Fraktionen zu Worte kommen zu lassen und dann in die Debatte einzutreten.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat als ersten Redner den Genossen Weis bestimmt, der wahrscheinlich die politische Aussprache eröffnet. Die Deutschnationalen beabsichtigen nicht, mit einer langen Erklärung vor die Debatte zu treten. Sie begnügen sich wahrscheinlich mit einer Reihe von Anfragen an die Regierung. In welchem Maße sich die Fraktionen der bürgerlichen Mittelparteien an der Aussprache beteiligen, ist bisher nicht entschieden, da sie erst am Dienstag zu der politischen Lage und der Aussprache im Reichstag Stellung nehmen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion trat am Montag nachmittag zur Erörterung der allgemeinen politischen Lage zusammen. Im Verlauf der Debatte wurde allgemein an der in den letzten Wochen erfolgten Politik der Regierung scharfe Kritik geübt. Die Fraktion sagte noch keinen endgültigen Beschluß. Es ist anzunehmen, daß sie bei der Abstimmung über die aus dem Reichstag der politischen Aussprache eingebrachten Entwürfe der Reichsregierung durch einen eigenen Antrag ihr Mißfallen über die Politik der letzten Wochen ausdrücken wird. Eine endgültige Stellungnahme wird in der am Dienstag nach Beendigung der Reichstagsprüfung angeordneten Fraktionsprüfung erfolgen.

Soweit bisher bekannt ist, werden drei Mißtrauensvoten gegen das Kabinett Stresemann eingebracht werden. Die Menge macht's nicht; es kommt auf die Begründung an, die jedem Antrag mit auf den Weg gegeben wird. Je nachdem kann der Fall eintreten, daß wegen dieser Begründung jede Partei nur für das Mißtrauensvotum stimmt, das sie selber eingebracht hat und gegen jedes der andern. Dann würde keins der Voten eine Mehrheit erhalten und das Kabinett Stresemann könnte im Amt bleiben, weil die große Mehrheit des Reichstags nichts von ihm wissen will.

Solche Schachzüge sind möglich, weil niemand weiß, wie mit diesem zerklüfteten Reichstag, dem Zufallsprodukt des 6. Juni 1920, eine einigermaßen homogene parlamentarische Regierung zustande gebracht werden kann. Daron Franken wir seit dem Tage der letzten Reichstagswahl. Aus diesem Grunde ist das Parlament aus einer Krise in die andre geworfen worden. Die Krisen wieder haben den Parlamentarismus in der Bevölkerung diskreditiert und den reaktionären Demagogen als Beweise dafür gelten müssen, daß mit der Demokratie nicht zu regieren sei.

Eine weise Staatskunst hätte dafür gesorgt, daß das Parlament wieder arbeitsfähig gemacht würde am ersten Tag, an dem das möglich war. Diese Möglichkeit war noch dem Kaiseranwurf gegeben. Sie hätte ausgenutzt werden müssen, um die Volkvertretung wieder flott zu machen und zugleich den ersten — damals erfolgreichen — Kampf um die Republik zu führen. Wir hätten damals die Reaktion zurückgedrängt, hätten den Einfluß der Arbeiterklasse vermehrt und befestigt, hätten kein Kabinett Cuno und keinen

Die Ausgabe der Rentenmark.

Seit 5 Tagen ist die Rentenmark in den Verkehr gegeben worden und weite Kreise der Arbeiterschaft haben von ihr noch nichts zu sehen bekommen. Ähnlich wie es mit der Goldanleihe geschah, halten auch jetzt die glücklichen Besitzer wertbeständiger Geldes dieses nach Möglichkeit zurück, um damit Ersparnisse für größere Anschaffungen machen zu können. Das wertbeständige Geld bietet ja überdies auch den Vorteil, daß es bei Wareneinkäufen meist mit hohen Rabatten in Zahlung genommen wird, während der Papiermarkempfänger den vollen, meist überhöhten Goldpreis zu zahlen hat.

Die Ausgabe der Rentenmark erfolgte bisher größtenteils auf dem Wege über Gehaltszahlungen an Beamte und Angestellte des Reiches, die zunächst 30 Prozent ihrer Bezüge in Rentenmark erhalten. Für diese Zwecke muß das Reich den verzinlichen Kredit, den die Rentenbank ihm zu geben verpflichtet ist, in Anspruch nehmen. Davon hat es bisher 300 Millionen Rentenmark beantragt.

Daneben hat aber das Reich auch ein Anrecht auf einen Kredit, der bis zu 300 Millionen Rentenmark betragen kann und für den es keine Zinsen zu entrichten braucht. Diese Rentenmarkkredite dienen insbesondere der Ablösung der Papiermark durch Rückkauf. Zunächst hat das Reich dafür 50 Millionen als erste Rate in Anspruch genommen und davon von vornherein 20 Millionen für bestimmte Preise des Lebensmittelhändels reserviert. Der Rest soll zum Umtausch in Papiermark verwendet werden, der auf dem Wege des Verkaufs von Rentenmark bei der Reichsbank bereits begonnen hat. Daß sich dabei wieder die übliche Erscheinung zeigt, daß einzelne Rentenmark zu hamstern suchen, ist bedauerlich. Schuld daran trägt vor allem der Umstand, daß man noch nicht Rentenmark bereitgestellt hat, um die Möglichkeit des Hamsterns zu unterbinden und daß man noch immer keinen festen Umtauschungskurs zwischen Rentenmark und Papiermark bestimmt hat. Eine zweite Rate von 50 Millionen Mark hat das Reich neuerdings wieder auf den unverzinslichen Rentenmarkkredit erhoben, von denen 30 Millionen Mark bei der Reichsgeldstelle reserviert werden. Diese tauscht die bei ihr eingehenden Papiermarkbeträge in Rentenmark um und bezahlt mit der letzten die Landwirtschaft.

Da es der Zweck der Rentenmark ist, zunächst den Warenverkehr wieder zu beleben und insbesondere die Ernte vom Land in die Städte zu schaffen, ist nichts dagegen einzuwenden, wenn man das wertbeständige Zahlungsmittel in erster Linie an den Stellen ansetzt, wo sie der Nahrungsmittelversorgung nutzbar gemacht werden kann. Daß aber darüber die Interessen der Produktion leiden müssen, wenn in Zeiten wilder Preisschwankungen die große Masse der arbeitenden Volkes noch immer ohne wertbeständiges Geld ist, liegt auf der Hand. Die Aussicht, daß auf dem Wege des Kreditverkehrs Rentenmark rasch auch an die Arbeitnehmer gebracht werden kann, hat sich bis jetzt noch nicht erfüllt, weil Rentenbank und Reichsbank sich über die bei der Kreditgewährung entstehenden Gewinne noch nicht geeinigt haben. Die Rentenbank möchte natürlich viel davon haben, um ihren Anteilseignern, Industrie, Handel und Landwirtschaft, die Zahlung der Zinsen für die Rentenbriefe zu ersparen. Die Gewinne der Rentenbank kommen nämlich zu einem wesentlichen Teil ihnen als Dividende zugute. Zu wünschen ist, daß man sich endlich über diese Frage verständigt, und zwar in einer Form, die verhindert, daß etwa die Rentenbank neben der Reichsbank eine eigne Geldpolitik treibt.

Die Großbanken sind bereits dazu übergegangen, Rentenmarkkonten einzuführen, die, abgesehen von den Zinsen, ebenso wie Papiermarkkonten behandelt werden.

Militärkontrolle und Kronprinz.

Die Votschasterkonferenz ist am Montag, wie offiziös gemeldet wird, zu einem vorläufigen Abkommen über die Militärkontrolle in Deutschland gelangt. Der britische Votschaster sollte telephonisch die Zustimmung seiner Regierung zu dem Text einholen. Der französische Ministerpräsident ist nachmittags zusammengetreten.

Nachdem der französische Ministerrat am Nachmittag die Haltung Poincarés selbsterständlich gebilligt hatte, trat die Votschasterkonferenz wieder zusammen und vertagte sich auf heute Dienstag, da der englische Votschaster die letzten Instruktionen seiner Regierung noch nicht erhalten hatte.

Aus Privatmeldungen ergibt sich, daß auch eine Kronprinznote vereinbart wurde, von der offiziös nichts gesagt zu werden scheint. Die Einigungsformel soll folgendes besagen:

Zu der Kronprinzenfrage werden die Alliierten ein Schreiben an Deutschland richten, in dem der Gedanke ausgesprochen wird, daß die Anwesenheit des Kronprinzen eine Gefahr für den Frieden bedrohe. Sie drohen nicht mit Sanktionen und verlangen auch nicht direkt die Auslieferung des Kronprinzen oder seine Verbannung.

Ein zweites Schreiben verlange die sofortige Wiederannahme der Militärkontrolle unter gewissen noch genauer anzugebenden Bedingungen. Sie drohen auch hier

nicht Sanktionen an, verlangen jedoch eine umgehende Antwort Deutschlands und behalten sich vor, wenn die Antwort nicht befriedigt, später weitere Beschlüsse zu fassen.

Havas meldet, daß die Vertagung der Votschasterkonferenz keine neuen Schwierigkeiten voraussehen lasse. Im Gegenteil sei es wahrscheinlich, daß ein Einverständnis erzielt werde. Auch der Votschaster Belgiens habe noch nicht die Instruktionen seiner Regierung erhalten.

Dollar Amtliche Notiz 4200 000 000 000 vom Dienstag

„Der rote Schrecken“.

Der weitere Verlauf des Prozesses gegen die Kommunisten Plätner und Genossen vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig fördert so viel konfuse Revolutionsromantik zutage, daß sich eine Beobachtung des Geisteszustandes des Angeklagten empfiehlt. Trotzdem, oder gerade aus diesem Grunde, lief diesen Gesellen viel Volk nach. Narren und Hanswürste haben ja noch immer ein großes Publikum gefunden, selbst bei organisierten Arbeitern. Dadurch erst konnten sie zum Schrecken der Bevölkerung werden.

Am vierten Verhandlungstag ergab die Vernehmung des Angeklagten Löpfer, daß man den offenen Bürgerkrieg entfesseln wollte. Auch ein Angriff auf Berlin von außen her war geplant. Ganz wie bei den bayrischen Revolutionären.

Die Geistesverwandtschaft und enge Verbindung zwischen links- und rechtsbolschewistischen Abenteurern erhöhte die Vernehmung des Angeklagten Geß. Er gab genauen Aufschluß über die Arbeit der illegalen Kampforganisationen und über die Mittel und Wege, wie man sich Waffen verschaffe. Den roten Terrororganisationen standen ehemalige deutsche und russische Offiziere zur Verfügung, die für sie von Schrottplätzen ganze Waffenlager kauften. So hat Geß selbst ein solches Lager von einem Offizier, der auf einem Zerlegungsplatz tätig war, übergeben bekommen und an mehreren Tagen mit Geschütz abgefahren. Auf diese Weise wurden etwa 1000 Arbeiter und Erwerbslose mit Pistolen und Handgranaten bewaffnet und Kampfgruppen gebildet, die bei den Berliner Arbeitslosenparaden Verwendung finden sollten. Ein groß angelegter Instruktionsplan, den Plätner zu diesem Zweck ausgearbeitet hatte und der auch zur Verfügung kam, ist allerdings nur zum Teil zur Ausführung gekommen.

Diese „revolutionären“ Geistes, die sich in der Begeisterung sozialdemokratischer Führer nicht genug tun können, dieser „rote Schrecken“, wie er sich selbst nannte, im Bunde mit dem „weißen Schrecken“, um den Sozialismus einzuführen, das ist Irrenhauspolitik. Und doch hat sie Scharen von Gläubigen gefunden und findet sie beim nächsten Nuitsche von rechts oder von links, oder von beiden zusammen, leider wieder.

Notizen.

Gefängnisverwahrung in Ilmenau. In Ilmenau in Thüringen wurde am Sonnabend eine große Anzahl von Personen aus dem Amtsgerichtsgefängnis, die in der letzten Woche von der Landespolizei eingelieferten Verurteilten zu befreien. Das eiserne Tor des Gefängnisses wurde eingedrückt und die Menge drang in den Hof ein. Die wenigen wachhaltenden Schuttpolizeibeamten machten bei der Abwehr von der Waffe Gebrauch, wobei ein junger Bergarbeiter aus Eigersburg getötet wurde. Zwei andre Personen wurden leicht verletzt. Vierzehn Gefängnisinsassen, darunter der Gemeindevorsteher von Eigersburg, konnten entweichen. Fünfzehn Personen meist Eigersburger Einwohner, wurden festgenommen. In Eigersburg ist Reichswehr eingedrückt.

Marauder in Schlesia. Ein Trupp von etwa 200 Personen aus Waldenburg plünderte in der Umgebung in einigen Dörfern. Schuttpolizei aus Liegnitz vertrieb die Hungrigen. In Waldenburg und Alt-Dessau wurden wiederholt Zusammenkünfte von der Polizei auseinandergetrieben. In Neusalz kam es zu Erwerbslosenunruhen und Plünderungen. Aus Grünberg und Glogau wurde Schuttpolizei herangezogen, da die Ortspolizei machtlos war. Nach Schiedschüssen aus einem Maschinengewehr marß die Polizei Handgranaten, durch die nach den bisherigen Feststellungen sieben Personen verletzt wurden. Vermutlich ist aber die Zahl der Verwundeten noch höher. Eine große Anzahl Verhaftungen wurde vorgenommen.

Von der Ludendorff-Krankheit geheilt. In der letzten Sitzung des Stadtkommissionärkollegiums in Tilsit, das zu den Städten gehört, die feinerseit Ludendorff das Ehrenbürgerrecht verliehen, stellte die sozialdemokratische Fraktion den Antrag, Ludendorff „wegen seiner Beteiligung am Hitler-Stütz in Bayern“ dieses Ehrenbürgerrecht wieder abzuerkennen. Dieser Antrag wurde auch mit 17 gegen 3 Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen. Es paßt auch zu schlecht zusammen: zähneklappernder Hochverräter und Ehrenbürger einer Stadt.

Kartoffelkredit für Bayern. Die Reichsbank hat für das reichsrechtliche Bayern einen weitem Kredit zur Kartoffelbeschaffung in Höhe von 1200 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Bis zum 15. November sind etwa 2200 Waggons mit 650 000 Zentner Kartoffeln aus Norddeutschland nach Bayern eingeführt worden gegenüber 233 Waggons mit 58 000 Zentnern im Vorjahr. Wie wir hören, hat Fabr verlangt, daß nach Bayern nur gelbe Kartoffeln geliefert werden, auf keinen Fall will er rote. Sonst sind ihm die Kartoffelkredite aus dem marzischen Norden sehr lieb.

Deutschnationales Blatt unter Vorzensur. Wegen des Art. 114 des Verfassungsgesetzes, der geeignet ist, die Reichswehr in Ansehen schwer zu schädigen, hat der Inhaber des vollziehenden Gewalt in Pommern, Generalleutnant von Tschischwitz, die nationale „Pommersche Tageszeitung“ zunächst auf die Dauer von 14 Tagen unter Vorzensur gestellt.

Die Internationale gegen Poincaré. Die Sozialistische Arbeiterinternationale erklärt einen Aufruf an die sozialistischen Arbeiterparteien aller Länder, der sich gegen die Politik Poincarés wendet, die zur herrschenden in Europa geworden sei und den nationalstaatlichen Kampf im deutschen Reich von neuem entfacht. Er fordert die Zusammenfassung materieller Mittel aus allen Parteien, um den Sieg Poincarés, der nicht nur die ökonomischen und politischen Möglichkeiten Deutschlands zerstört, sondern auch die ökonomischen Grundlagen der Organisationen der deutschen Arbeiterklasse vernichten würde, zu vereiteln. Die Mittel sollen teils der Weiterarbeit der deutschen Sozialdemokratie ermöglichten, teils direkt gegen die Fortsetzung der französischen Politik verwendet werden, indem sie die unter materiellen Schwierigkeiten kämpfende sozialistische Partei Frankreichs unterstützen und zu ihrer Stärkung beitragen helfen.

Depeschen.

Änderung der Tarifverträge. Berlin, 20. November. Wie die Blätter hören, sind im deutschen Braunkohlenbergbau und im Kalibergbau die Tarifverträge von den Arbeitgebern gekündigt worden mit der Begründung, daß sie sowohl in der Frage der Arbeitszeit als auch der Arbeitsleistung Bestimmungen enthalten, durch welche Verhältnisse herbeigeführt worden seien, die gegen die Vorkriegszeit erheblich die Konkurrenzfähigkeit der Braunkohlenindustrie und der Kalindustrie verschlechtert haben. Am Mittwoch traten die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaues zu Verhandlungen über die Frage der Arbeitsleistung zusammen.

Eine Stinnes-Befehlsgeschichte. Düsseldorf, 20. November. Wie die „Börsen-Zeitung“ von hier erfährt, haben die Franzosen gestern die Hugo-Stinnes-Befehlsgeschichte bei Rastrop beschlagnahmt. Der Ingenieur der Mimam, der mit der Befehlsgeschichte beauftragt war, begab sich zu dem Betriebsrat und fragte ihn, ob die Arbeiter bereit wären, die Arbeit für die Franzosen weiter zu führen. In der einberufenen Betriebsratsversammlung wurde beschlossen, die Arbeit für französische Rechnung aufzunehmen. Die Befehlsgeschichte soll mit dem Scheitern der Verhandlungen zwischen den Franzosen und dem Bergwerksverein zusammenhängen.

Sie tun so, wie wenn... Wien, 20. November. Nach einer Meldung der „Börsen-Zeitung“ aus Triest sind dort die Separatisten am Sonnabend entwaffnet worden. Sie haben die von ihnen als Wachtlokal beschlagnahmten Wirtshäuser räumen müssen. Eine Anzahl Separatisten verfügt jedoch noch über Waffenschirme und trägt heute noch Waffen. Die Maßnahmen sind auf vorangegangene Verhandlungen der Verbände mit den Franzosen zurückzuführen. Der Aktionsausschuß, bestehend aus den Ingenieuren Keil, Weiß und Eisenbahninspektor Schwarz, unterhält noch sein Bureau in der Präsidentenwohnung; sie dürfen aber keine Kontrolle und keinerlei Eingriffe in den Gang der Verwaltungsgeschäfte vornehmen. Die grünweiße Flagge ist vom Rathaus entfernt.

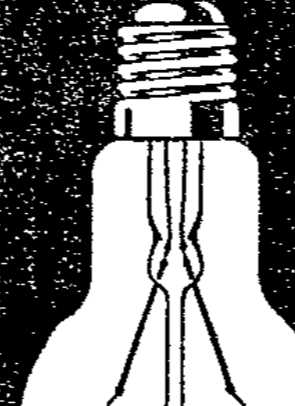
Die Rentenmark im besetzten Gebiet. Wien, 20. November. Wie die „Börsen-Zeitung“ aus zuverlässiger Quelle erfahren haben will, beschloß die Rheinlandkommission, die Rentenmark im altbesetzten Gebiet zuzulassen. Der Umlauf der Rentenmark sei für dieses Gebiet genehmigt.

Habenstein gestorben. Berlin, 20. November. Die Reichsbank teilt mit: Heute morgen ist Reichsbankpräsident Habenstein gestorben.

Gastwirtstreik. Bielefeld, 20. November. Der Streik aller im Gastwirtsgewerbe tätigen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zum Protest gegen die von dem Magistrat der Stadt Bielefeld beabsichtigte Einführung der Getränkesteuer hat gestern nachmittag begonnen. Um diese Zeit schlossen sämtliche Cafés und Schankstätten. Am Abend fand eine stark besuchte Protestversammlung statt.

Oesterreichische Hilfe für Deutschland. Wien, 20. November. Der sozialdemokratische Verband beschloß, in der ersten Sitzung des Nationalrats einen Antrag einzubringen, aus Bundesmitteln für die Notleidenden in Deutschland 10 Milliarden Kronen zu stiften. Ferner wurde im Hinblick auf die Haltung der Regierung, namentlich infolge der wegen ihrer Parteizugehörigkeit in der jüngsten Zeit erfolgten Maßregelung einer Reihe sozialdemokratischer Bundesangehöriger, beschlossen, die Opposition in bestmöglicher Form durchzuführen.

Wahlen in Bulgarien. Sofia, 20. November. Gestern fanden die Parlamentswahlen statt, die überall in vollkommener Ruhe und Ordnung verliefen. Nach den ersten bekannt gewordenen Ergebnissen erhielt die Regierungskoalition ungefähr 185 Mandate von der Gesamtzahl von 247 Sitzen. Die übrigen Mandate teilen sich die Nationalliberalen einerseits und die Agrarier und Kommunisten andererseits. Die Kommunisten und die Agrarier stellten eine gemeinsame Liste auf.



OSRAM
NITRA

OSRAM
NITRA

Sehschärfe und
Ségheschwindigkeit
werden erhöht
durch ausgiebige
Beleuchtung.

OSRAM
muß auf der Glaslocke stehen

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 22. November 1923.

Vor einer Geldkatastrophe?

Das Reichsbankdirektorium hat sämtliche Reichsbankstellen im Deutschen Reich angewiesen, vom heutigen Donnerstag an keinerlei Notgeld mehr anzunehmen, sei es ausgegeben, von wem es wolle.

So scheint es! Und das würde es auch sein, wenn man diesmal etwas weniger schnell bei der Hand gewesen wäre und den Ausgebern von Notgeld, Gemeinden, Industriellen und andern, wenigstens so viel Zeit gelassen hätte, daß sie sich auf den Ansturm, der infolge dieser Maßnahme auf ihre Kassen einzuwirken wird, hätten vorbereiten können.

Der Grund zu der Maßnahme liegt klar zutage: das Reich will und muß mit der Papiergeldflut aufräumen. Es ist die erste Voraussetzung, die erfüllt werden muß, will es zur finanziellen Gesundung kommen.

Woher sollen die Kassen diese Reichsscheine nehmen? Sie haben ja gerade nicht zuletzt deswegen ihr Notgeld in den Verkehr gebracht, weil die Reichsbank bei der rasenden Geldentwertung nicht in der Lage war, den Bedarf an Zahlungsmitteln zu decken.

Sind die geschilderten Folgen schon ernst genug, so sind sie aber keineswegs die einzigen. Nicht mehr und nicht weniger steht nämlich auf dem Spiel, als der völlige Ruin vor allem der Städte, die Notgeld ausgegeben haben.

Ob das Reichsbankdirektorium diese Dinge vorausgesehen und vorbedacht hat, sei dahingestellt. Jedenfalls wird es unter allen Umständen beantragt werden müssen, dem privaten Notgeld die Umlaufsfreiheit zu verlängern, sei es auch nur auf kurze Zeit.

Von dem gesunden Sinn der Magdeburger Bevölkerung darf man erhoffen, daß in weiterer Stadt die vorzeitige Maßnahme des Reichsbankdirektoriums ohne böse Folgen bleibt, daß der Geschäftsmann die Bezugsung seiner Waren in Notgeld nicht zurückweist, daß der Beamte und Angestellte sein Gehalt, der Arbeiter seinen Lohn auch in Notgeld annimmt.

ja umfangreiche Lohn- und Gehaltszahlungen fällig sind, würden wir ein Chaos erleben, das erschreckend sein würde.

Bewahrt die Bevölkerung Ueberlegung und Besonnenheit, dann wird die Verfügung des Reichsbankdirektoriums ohne Folgen bleiben, und niemand wird Schaden leiden! —

Reichsindex.

Die Reichsindexziffer für Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für Montag den 19. November auf das 831milliardefache der Vorkriegszeit.

Wertbeständige Posttarife.

Die Eisenbahn hat ihre Tarife wertbeständig gemacht, im Telegramm- und Fernsprechverkehr ist die Wertbeständigkeit seit 15. November eingeführt. Der Reichspostminister Dr. Goette hat dem Reichsrat den Entwurf einer Verordnung zugehen lassen, nach dem die Gebühren im Post- und Postfachverkehr auf wertbeständige Grundlage gestellt werden sollen.

Table with 2 columns: Postarten and Price. Includes items like Briefe im Ortsverkehr, Fernverkehr, Drucksachen bis 25 g, etc.

Bei den Postgebühren und bei den Postanweisungen wird in dem Tarif zwischen Papiermark und Rentenmark unterschieden.

Ein Brot 960 Milliarden. Das ist der Preis seit Mittwoch. Die Billion ist ziemlich erreicht, im Rechen des Billionenbrottes soll die Wirtschaft gesunden und der Lohn- und kleine Rentempfangler noch leben können.

Hallenbau Stadt und Land. Die diesjährige Hengstförmung, zu welcher sämtliche Kattoluhengste aus der Provinz Sachsen im Hallenbau verammelt werden, wird wieder ein Bild von den großen Fortschritten der Kaltblutjucht in unserer Heimatprovinz geben.

Zum Guttscheinbezug für Gas und Strom. In dem Maße, wie die Preise für Gas und Strom steigen, steigert sich der Andrang zu den Stellen, wo Guttscheine zum Tagespreis eingekauft werden können.

Eine unzulässige Steuer. Wie der „Amtliche Preussische Pressebericht“ mitteilt, wird in einer gemeinsamen Verfügung der Minister des Innern und der Finanzen darauf hingewiesen, es sei in letzter Zeit in Gemeinden und Kreisen vielfach die Absicht herorgetreten, das nicht gewerbmäßig betriebene Schlachten von Vieh, das zu menschlichem Genus verwendet werden soll, mit einer Steuer zu belegen.

Zirkus Blumenfeld. Abends 7 1/2 Uhr die neuen Zirkusdarbietungen sowie „Krone und Hiesel“. Für die des Latentsonntags wegen ausfallende Sonntagabendvorstellung findet Sonntagabend nachmittags 3 1/2 Uhr eine Jugend- und Fremdenvorstellung statt, zu der bei gewöhnlichen Preisen Kinder auf allen Plätzen die Hälfte zahlen.

Die Mittelstandsfürsorge stellt sich wie im Vorjahr in den Dienst der Vermittlung des Spielwarenverkaufs. Man wird wiederum gern diese Gelegenheiten benutzen, um geeignete Sachen in Geld umzusetzen und manche Hauslichkeit verjüngt.

Kleinfener. Am Mittwoch vormittag 7 Uhr wurde die Feuerwehrrückzug nach GutsMuths-Strasse 3A gerufen. Hier brannten in einem Zimmer des Erdgeschosses zwei Betten, die verunreinigt durch Brand geblieben waren, daß schlaflose Weise im Bett geraucht wurde.

Gehaltszahlung an Angestellte. Zwischen der Vereinigung der Arbeitgeberverbände und den Angestelltenorganisationen wurde vereinbart, daß 9000 Septembergehälter möglichst bis Freitag den 23. November zur Auszahlung zu bringen sind.

Theater, Konzerte, Vorträge etc. Stadttheater. Freitag (3. Abend) Der Schachparade, Sonnabend (viertes Abend, Gastspiel Max Grube) Nathan der Weise, Sonntag (Anrecht) Igehoben, Gastspiel Max Grube Faust (Ergebisse von Wolfgang Goethe).

Nachrichten aus der Provinz.

Kreis Wanzleben. Groß-Otterleben. In der Parteiversammlung sprach Genosse Ferkel über die politische Lage.

Kreis Wolmirstedt. In die Ortsvereine! Am Sonntag den 25. d. M. nachmittags 2 1/2 Uhr findet in Dahlewarzleben im Lokal von Krause eine Sitzung des Untereckreviervorstandes und der Ortsleitungen statt.

Kreis Halbe. Schönebeck. Einen Musterbetrieb hat nun die „Erbine“ den Radiatoren-Betrieb, weil drei ihrer Getrennen entlassen und der Betrieb in einem Beschluß diese an die Gewerkschaft überweist.

Schönebeck. Wie fürchtet die Kollage unserer Bevölkerung? Beweis die große Zahl der täglich Meldenden zur Speisung in

